



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 15. März 2023

Freiheit statt Verbote – den mündigen Bürger stärken

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der von uns beantragten Aktuellen Stunde haben wir uns heute mit aktuellen Vorhaben grüner Mitglieder der Bundesregierung beschäftigt. Den Plänen der Minister Özdemir, Habeck und Lemke ist eines gemein: Sie setzen auf Verbote. Unterm Strich bedeutet das für den Bürger massive Bevormundung sogar bei dem, was sie essen wollen, und ausufernde Kosten, insbesondere beim Wohnen und der Mobilität.

Werbeverbote für Lebensmittel

Keine Frage: Wir alle wollen, dass sich unsere Kinder ausgewogen ernähren und dass sie gesund heranwachsen. Neben genügend Bewegung ist auch der Konsum der richtigen Lebensmittel entscheidend dafür, dass Krankheiten wie Adipositas erst gar nicht entstehen. Die von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir geplanten Werbeverbote sind dabei jedoch das falsche Instrument: Er gibt zwar den Schutz der Kinder vor ernährungsmitbedingten Erkrankungen als Zweck aus, zielt aber in Wahrheit auf eine staatliche Ernährungssteuerung für alle. Denn er verbietet beispielsweise pauschal TV-Werbung für viele Lebensmittel im Zeitraum von 6 bis 23 Uhr. Auch das Sponsoring kultureller und sportlicher Veranstaltungen wäre in der bisherigen Form oftmals nicht mehr möglich.

Seine Werbeverbote gelten für den halben Einkaufswagen – und eben nicht nur für Lebensmittel, die speziell von Kindern konsumiert werden sollen oder für Kinder besonders gesundheitlich bedenklich sind. Auch ein handelsüblicher Fruchtjoghurt darf demnach künftig nicht mehr beworben werden, weil er angeblich zu fett ist, genauso wie eine leicht gesüßte Sojamilch, eine Tafel Schokolade, egal wie hochwertig diese auch sein mag – oder ein Stück Kuchen von der Bäckerei nebenan. Wir fordern den Bundesernährungsminister deshalb auf, seine Verbotsliste konkret

Steffen Bilger MdB
Stellvertretender Vorsitzender
T 030. 227-73023
F 030. 227-2373023
steffen.bilger@bundestag.de

Ulrich Lange MdB
Stellvertretender Vorsitzender
T 030. 227-77990
F 030. 227-76990
ulrich.lange@bundestag.de

Jens Spahn MdB
Stellvertretender Vorsitzender
T 030. 227-79309
F 030. 227-76814
jens.spahn@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.cducusu.de

offenzulegen, anstatt auf verklausulierte Nährwerttabellen in Gesetzesanhängen zu verweisen. Für uns steht fest: Wer was, wann und wieviel zu sich nimmt, ist eine höchst persönliche und individuelle Entscheidung. Genuss in Maßen ist kein Fall für Özdemirs Verbotsindex!

Verbot Verbrennungsmotor

Wir haben die mangelnde Technologieoffenheit bei den künftigen europäischen CO₂-Flottengrenzwerten mit dem Verbot der Neuzulassung von Pkw mit Verbrennungsmotor ab 2035 stets kritisiert. Denn wenn Verbrenner mit klimaneutralen Kraftstoffen betrieben werden, spricht nichts gegen den Einsatz dieser Technik. Gerade für den Betrieb im ländlichen Raum, in dem eine umfassende Infrastruktur für die Elektromobilität schwer schnell realisierbar ist, aber auch im Fahrzeugbestand und jenseits der europäischen Grenzen sind Weiterentwicklungen im Bereich moderner und emissionsarmer Kraftstoffe von enormer Bedeutung für den Klimaschutz. Auch deshalb darf Europa nicht politisch verordnet aus dieser Technologie aussteigen und allein auf die Elektromobilität setzen. Und solange diese Argumente gelten, kann und sollte die deutsche Automobil- und Zulieferindustrie ihren Teil zur Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors beitragen können. Die FDP hat bis zuletzt die Verhandlungen auf europäischer Ebene laufen lassen und den Kurs der grünen Minister Lemke und Habeck mitgetragen. Im Europäischen Parlament wurde das Verbrenner-Aus von Sozialisten, Grünen und Liberalen gegen den Widerstand der EVP durchgeboxt. Es ist gut, dass Bundesverkehrsminister Wissing – wenn auch spät – nun auf eine konkrete und rechtsverbindliche Perspektive für den Einsatz klimaneutraler Kraftstoffe in Verbrennungsmotoren pocht, bevor die Regelung zu den CO₂-Flottengrenzwerten final abgesegnet wird.

Verbot Öl- und Gasheizungen

Klimaschutz geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land und nicht gegen sie. Bundeswirtschaftsminister Habeck plant ein Verbot von Öl- und Gasheizungen bereits ab 2024. Dadurch droht Mietern und Eigentümern eine massive Kostenexplosion. Das Vorgehen ist schlecht vorbereitet und sorgt für Frust und Verunsicherung, die Kommunikation dazu ist chaotisch: Hastig hat Habeck seinen Heizplänen Ankündigungen zu milliardenschweren Förderungen nachgeschoben. Wie das mit der Realität des Bundeshaushalts einerseits und den jüngst aber noch verringerten Förderungen für Wärmepumpen andererseits zusammenpasst, bleibt offen. Der Vorlauf ist für alle Beteiligten eine Zumutung und das Gesetzgebungsverfahren hat noch gar nicht begonnen. Wie bis 2024 ausreichend Handwerker eine entsprechende Anzahl an – möglichst von Herstellern aus Deutschland stammenden –

Wärmepumpen verbauen sollen, bleibt ein Rätsel. Als wäre das nicht genug, hat das EU-Parlament dieser Tage gegen die Stimmen der EVP auch noch umfassende, die Bürger bis in Details belastende Sanierungspflichten verabschiedet. Zusammen droht so nicht nur die Überforderung der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch das Scheitern der Dekarbonisierung des Wärmesektors insgesamt. Wir haben dagegen im vergangenen Jahr unser Konzept für eine versorgungssichere, nachhaltige und soziale Wärmewende vorgelegt (BT-Drs. 20/4675). Der Grundstein liegt in der wesentlich von der Union vorangetriebenen Einführung des europäischen Emissionshandels u.a. für den Gebäudesektor. Darüber hinaus bedarf es eines dezentralen Ansatzes: jede Kommune ist anders, je nach Ort und Preisprognosen kommen unterschiedliche Lösungen zum Einsatz; einschließlich KWK, Biomethan, tiefer Geothermie oder auch Wasserstoff. Bottom-up, nicht top-down führt der Weg zur Klimaneutralität. Für die Dekarbonisierung des Wärmesektors gilt daher, was für die klimaneutrale Transformation insgesamt gilt: Wir brauchen den Erfindergeist unserer Handwerker und Ingenieure sowie eine Wahlmöglichkeit der Verbraucher, welche effiziente, klimaneutrale Heizung sie einbauen wollen. Nur ein technologieoffenes Gesamtkonzept, das mit Ländern und Kommunen abgestimmt ist, kann zum Erfolg führen. Ideologie und Verbote hingegen schaffen keine Klimaneutralität und keine nachhaltige Wärmeversorgung.

Mit freundlichen Grüßen


Steffen Bilger MdB


Ulrich Lange MdB


Jens Spahn MdB